

Datenschutzrechtliche Informationen gemäß Art 13 DSGVO

Zentrales Dosisregister

Bezeichnung und Zweck der Datenverarbeitung:

Das Zentrale Dosisregister speichert und verarbeitet Daten ausschließlich im Sinne der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), Verordnung (EU) 2016/679, sowie im Sinne des Datenschutzgesetzes in der geltenden Fassung.

Daten die üblicherweise in diesem Zusammenhang verarbeitet werden:

Das Zentrale Dosisregister speichert und verarbeitet Gesundheitsdaten von strahlenexponierten Arbeitskräften. Dies sind die Daten aus der gesetzlich vorgeschriebenen Dosisermittlung sowie der gesetzlich vorgeschriebenen Beurteilung der Ergebnisse der ärztlichen Untersuchungen.

Hauptsächliche Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung:

Rechtsgrundlage für die Speicherung und Bearbeitung Ihrer Daten ist das Strahlenschutzgesetz 2020, BGBl. I Nr. 50/2020 (StrSchG 2020), insbesondere der § 133.

Die Datenverarbeitung enthält eine automatisierte Entscheidung:

Nein.

Empfängerkategorien der Daten (Dritte); Drittländer:

Die gemäß § 133 StrSchG 2020 gespeicherten Daten werden den jeweils zuständigen Behörden sowie den ermächtigten Ärztinnen und Ärzten im zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Umfang bereitgestellt.

Angaben zur Speicherdauer/Löschfrist:

Die Löschfrist ist in § 133 Absatz 3 StrSchG 2020 festgelegt. Demnach sind die im Zentralen Dosisregister gespeicherten Daten im Register aufzubewahren, bis die betreffende Person das 75. Lebensjahr vollendet hat oder vollendet hätte, mindestens jedoch 30 Jahre lang nach Beendigung der mit der Exposition verbundenen Arbeit.

Rechtsbelehrung:

Falls Ihre Daten zur Gänze oder zum Teil aufgrund Ihrer Einwilligung verarbeitet werden, können Sie Ihre Einwilligung jederzeit und ohne Angabe von Gründen widerrufen. Dadurch ist die weitere Verarbeitung Ihrer Daten unzulässig; die Rechtmäßigkeit der aufgrund Ihrer Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung bleibt jedoch unberührt.

Jede betroffene Person kann vom Verantwortlichen Auskunft über die über sie verarbeiteten Daten nach Art. 15 DSGVO verlangen, weiters die Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16 DSGVO) und die Löschung unzulässig verarbeiteter Daten (Art. 17 DSGVO). Gegen eine Datenverarbeitung, die sich auf Art. 6 (1)(e) (Besorgung öffentlicher Aufgaben) oder auf Art. 6 (1)(f) (berechtigte Interessen eines Verantwortlichen oder eines Dritten des privaten Bereichs) stützt, kann eine betroffene Person Widerspruch wegen Verletzung ihrer Datenschutzinteressen nach Art. 21 DSGVO erheben. Das Widerspruchsrecht kann gesetzlich ausgeschlossen werden. Unter den Voraussetzungen des Art. 18 kann eine betroffene Person ihr Recht auf Einschränkung der Verarbeitung gegenüber dem Verantwortlichen geltend machen. Ein Recht auf Datenübertragbarkeit besteht im Umfang des Art. 20 DSGVO.

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Datenschutzbehörde ([dsb.gv.at](https://www.dsb.gv.at)), wenn sie der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen geltendes Datenschutzrecht verstößt.

Weitere Informationen:

Sie erreichen uns unter folgenden Kontaktdaten:

Verantwortlicher:

Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK)

Radetzkystraße 2, 1030 Wien

+43 1 71162 0

E-Mail-Adresse: servicebuero@bmk.gv.at

E-Mail-Adresse: strahlenschutz@bmk.gv.at

Kontakt Datenschutzbeauftragte:

E-Mail-Adresse: datenschutz@bmk.gv.at